

Der Sächsische Erzähler

Tageblatt für Bischofswerda

Einzige Tageszeitung im Amtsgerichtsbezirk

Bischofswerda und den angrenzenden Gebieten

Der Sächsische Erzähler ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Arbeitsgerichts und des Hauptgollams zu Bautzen, des Amtsgerichts, des Finanzamts, der Schulinspektion und des Stadtrats zu Bischofswerda behördlicherseits bestimmte Blatt



Neukirch und Umgegend

Unabhängige Zeitung für alle Stände in Stadt und Land. Dicht verbreitet in allen Volksschichten.

Verlagen: Illustriertes Sonntagsblatt / Heimatkundliche Beilage / Frau und Heim / Landwirtschaftliche Beilage / Jugendpost. Druck und Verlag von Friedrich May, G. m. b. H. in Bischofswerda. — Postcheckkonto Amt Dresden Nr. 1521. Gemeineverbandskasse Bischofswerda Konto Nr. 64

Erhebungswelle: Seben Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis für die Zeit eines halben Monats: Frei ins Haus halbjährlich 1.20, beim Abholen in der Geschäftsstelle wöchentlich 50 Pf. Einzelnummer 10 Pf. (Sonnabend- und Sonntagsnummer 15 Pf.)

Bezugsprecher Amt Bischofswerda Nr. 444 und 445. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezüger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Unzeigenpreis (in Reichsmark): Die 44 mm breite einspaltige Millimeterzeile 10 Pf., doppelseitige Anzeigen 8 Pf. Im Zuge des 90 mm breite Millimeterzeile 30 Pf. Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an bestimmten Plätzen keine Gewähr. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 80

Sonnabend, den 6. April 1929.

84. Jahrgang

Tageschau.

* Nach Wiederaufnahme der Pariser Sachverständigenversammlungen werden Dr. Schäfer und die übrigen Mitglieder der deutschen Delegation nunmehr mit den Delegierten der Gläubigerländer direkt Fühlung nehmen und mit diesen getrennte Versprechungen unterhalten.

* Nach Meldungen aus Berlin soll der Reichsfinanzminister Hillerding bei den Besprechungen über die Verabschiedung des Haushaltsschlags sich bereit erklärt haben, auf die Biersteuer zu verzichten.

* Der Erfinder des Automobils, Karl Benz, ist in Ladenburg bei Mannheim im 85. Lebensjahr gestorben.

* Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ plant zwei Amerikafahrten in diesem Jahre. Die erste Fahrt soll Mitte Mai, die zweite Mitte Juni durchgeführt werden.

Nach Meldungen aus Peking ist die Stadt Hankau von den Nanjingtruppen geräumt worden. Die Kuangsi-Truppen ziehen sich, fast ohne Widerstand zu leisten, zurück. Die Macht der Kuangsi-Truppe scheint gebrochen.

*) Ausführliches an anderer Stelle.

Gehende und kommende Männer.

In einigen Staaten scheinen sich riesigende innenpolitische Wandlungen vorzubereiten, die auch für uns insofern von Bedeutung sind, als schließlich jede innenpolitische Kursänderung sich in irgendeiner Weise außenpolitisch auswirken kann.

Der Rücktritt des österreichischen Bundeskanzlers Seipel hat in der ganzen Welt und nicht zuletzt in Österreich selbst eine große Überraschung gewirkt, obwohl Seipel, wie man weiß, sich schon seit Monaten mit solchen Absichten trug, und obwohl die Widerstände gegen seine Regierungsführung stets im Wachsen begriffen waren. Die Entscheidung für den Entschluß des Bundeskanzlers hat dabei nicht in erster Linie die Haltung der Opposition gegeben. Denn Seipel mußte bei seinen wirtschaftspolitischen Reformplänen, insbesondere bei der drastischen Änderung des österreichischen Mietensystems auf den heftigen Widerstand der Sozialdemokratie gefaßt sein. Wenn es eine Zeitspanne den Anschein hätte, als ob ein Flügel der Sozialdemokratie geneigt wäre, den wirtschaftspolitischen Erfordernissen Rechnung zu tragen, so hat sich doch gerade in der letzten Zeit die Haltung der Sozialdemokratie verfestigt. Maßgebend hierfür waren die Vorgänge, die zu der Waffenschlagnahme bei Wiener sozialdemokratischen Organisationen führten. Seipel hatte sich in der letzten Zeit mit besonderem Nachdruck als ein Anhänger der Heimwehrbewegung zu erkennen gegeben. Diese Stellungnahme hat ihm überdies auch Widerstand aus seinen eigenen Reihen eingebracht.

Die Führerschaft Seipels innerhalb der christlichsozialen Partei ist ebenso unbestritten, wie sie besonders von den Provinzgründen dieser Partei als störend empfunden wird. Aus diesem Grunde mag es dem Bundeskanzler geraten erschienen sein, einmal eine Zeitspanne den stillen Beobachter dieser Vorgänge zu spielen und andere Leute versuchen zu lassen, die notwendigen Gesetzesvorlagen durchzubringen. Hinzzu kommt ferner die Tatsache, daß die auch in christlichsozialen Kreisen als notwendig erkannte Ehereform nur dann Zustande kommen kann, wenn sich die Christlichsozialen im Parlament gutwillig überstimmen lassen. Gerade in kulturpolitischen Fragen — wir erinnern an den Fall der Salzburger katholischen Universität — hat sich in der letzten Zeit ein sehr scharfer Gegenzug zwischen den Christlichsozialen und den Großdeutschen herausgebildet. Um die innerpolitischen Verhältnisse Österreichs sich klären zu lassen, hat Seipel den plötzlichen und so merkwürdig begründeten Entschluß gefaßt, einstweilen einmal von der Bühne abzutreten.

So ungewiß einstweilen noch der Ausgang der Ende Mai stattfindenden englischen Wahlen ist, so kann man doch wohl schon als fast sicher annehmen, daß die bisherige absolute Mehrheit der konservativen Partei im Unterhaus gebrochen wird, es sei denn, daß die Arbeitpartei noch mehr solcher Dummmheiten macht, wie jetzt natürlich beim Beschuß der unabhängigen Arbeitpartei, der sich gegen die Heeresausgaben richtete. Diese unabhängige englische Arbeitpartei hat parlamentarisch ihre Vertretung innerhalb der großen Arbeitspartei gefunden, wo sie sich manchmal recht störend bemerkbar macht. Der Verteilung dieser Gruppe hat jetzt mit Mehrheit eine Einschließung angenommen, durch die sämtliche Unterhausmitglieder der Independent Labour Party verpflichtet sein sollen, grundsätzlich gegen alle militärischen Ausgaben zu stimmen. Für MacDonald ist diese Vage äußerst kritisch. Denn wenn er

nach dem Ergebnis der letzten Erwahlungen mit der Möglichkeit eines Sieges seiner Partei rechnen konnte, dann werden die konservativen nicht verschämt, gerade diesen Beschuß der unabhängigen Gruppe im Wahlkampf gebührend auszunutzen, und der Durchschnittsgländer hat für militärische und staatspolitische Notwendigkeiten ein viel stärkeres Gefühl als der Durchschnittsdeutsche. Ob also MacDonald ein kommender Mann ist, bleibt mehr als zweifelhaft.

Dagegen gewinnt es den Anschein, als ob Polen demnächst wieder ein Kabinett Piłsudski sehen wird. Der Marschall hatte sich bekanntlich vor einiger Zeit auf den Posten des Kriegsministers zurückgezogen und die Ministerpräsidentschaft seinem Freund Bartel übergeben. Bartel wird, wie in Warschau absolut zuverlässig verlautet, seinen Posten demnächst verlassen, wie es heißt, aus gesundheitlichen Gründen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Piłsudski der kommende Mann ist, denn dann die schwierige Aufgabe obliegt, nach den Wünschen der amerikanischen Geldgeber Polens ein vernünftiges Verhältnis zwischen Regierung und Parlament in Warschau wiederherzustellen.

Auf dem Wege zum Steuerkompromiß?

Berlin, 5. April. (Eigene Meldung.) Die Presse der Papierpartei läßt erkennen, daß gewisse Hindernisse für die Verabschiedung des Haushalts aus dem Wege geräumt zu sein scheinen. Die Besprechungen zwischen dem Reichsfinanzminister und den bürgerlichen Mittelparteien scheinen demnach zu dem „Ergebnis“ geführt zu haben, daß Hillerding bereit ist, auf die von ihm propagierte Biersteuer zu verzichten. Es bleibt abzuwarten, wie weit sich die daran getknüpften politischen Erwartungen der Bayerischen Volkspartei, daß nunmehr doch in absehbarer Zeit die Große Koalition zustandekommen wird, erfüllen werden. Immerhin macht die demokratische Presse mit Recht darauf aufmerksam, daß die Bildung der Großen Koalition nicht allein von Steuerfragen und von der Verabschiedung des Haushaltes abhängt. Selbst wenn es gelungen sein sollte, eine Erhöhung der Biersteuer verzichtet, bleibt noch die vielleicht schwerwiegende Frage, bei welchen Etats diejenigen Abstimmungen vorgenommen werden sollen, die erforderlich sind, um den ganzen Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen.

Die Pariser Verhandlungen im Stadium der getrennten Besprechungen.

Paris, 4. April. Nach einer achtjährigen Osterpause sind die Pariser Sachverständigen am Donnerstag wiederum zu einer Vollversammlung zusammengetreten, um mit der Behandlung des Sternproblems in der Kriegsschädigungfrage, der Höhe der deutschen Zahlungen, zu beginnen. Der heutige Donnerstag galt der Besprechung der beiden Denkschriften, die von den vier Hauptabteilungen Deutschlands einerseits und dem Vorsitzenden Owen Young in der letzten Sitzung vor Ostern vorgelegt wurden. Die deutschen Sachverständigen stellten eine Reihe von Fragen, um nähere Aufklärung über den Inhalt der Denkschriften zu erhalten. Die deutschen Fragen werden im Laufe des Nachmittags schriftlich wiederholt und durften auch schriftlich beantwortet werden.

Für Freitag ist eine mündliche Aussprache zwischen Dr. Schäfer und den Sachverständigen der vier Hauptabteilungen vorgesehen. Auch die Amerikaner und Japaner haben ihre Markart — falls dies notwendig sein sollte — in Aussicht gestellt. Nach dieser gemeinsamen Zusammenkunft sollen in getrennten Besprechungen zwischen den Deutschen und je einer alliierten Abordnung die aufzulösenden Unterhaltungen des heutigen Tages fortgesetzt werden, bei denen es sich vorläufig nicht um die Feststellung der Höhe der deutschen Zahlungen handelt. Entscheidungen können nur im Vollkomme fallen.

Auf deutscher Seite legt man Gewicht auf die Feststellung, daß am Freitag und den kommenden Tagen nicht um die Höhe der deutschen Zahlungen gefeilscht werden wird, sondern daß der Vertrag gemacht werden soll, in gemeinsamer Aussprache soll ein gemeinsames Urteil über die richtige, von Deutschland zu zahlende Summe zu füllen. Wenn diese mündliche Aussprache zu einem geschlossenen Abschluß gekommen ist, soll der Vorsitzende die nächste Vollversammlung einberufen.

Römhurg Staatskommisar für Ostpreußen.

Das Preußische Staatsministerium hat im Bereichen mit der Reichsregierung den Vorsitz des Kreises Frankfurt, den demokratischen Reichstagsabgeordneten Römhurg, zum Staatskommisar für die Durchführung der Missionsaktion für Ostpreußen ernannt. Als Mitarbeiter sind Oberregierungsrat Tiekmann vom preußischen Landwirtschaftsministerium und der Referent der preußischen Centralgenossenschaftsstaate, Dr. Baumer, bestellt worden.

Italien und Frankreich.

Im Zusammenhang mit der Unterredung zwischen Chamberlain und Mussolini rückt nun auch die seit langem gehemmten französisch-italienischen Verhandlungen wieder in den Vordergrund. Es handelt sich um eine französisch-italienische Verständigung über einen Freundschafts- und Schließungsvertrag und vor allem über koloniale Fragen. Die italienischen Anprüche auf französischen Kolonialbesitz datieren nicht erst von gestern und man weiß, daß alle bisherigen Abkommen, wie z. B. das über Tangier, nur Teillösungen gelöst haben. Das große Ziel des französischen Italiens ist die Eroberung eines Gebiets quer durch Nordafrika bis an die atlantische Küste des schwarzen Erdballs. Zunächst handelt es sich um Tripolis und Tunis. Die Grenzziehung des italienischen Tripolis soll zu Italiens Gunsten verbessert werden und in Tunis möchte Italien die Stellung der italienischen Bevölkerung festigen, die durch gewisse französische Einbürgerungs- und Schulgesetze bedroht ist. Man war in Paris offenbar eine Zeitlang in Sorge darüber, daß Chamberlain bei seiner Unterhaltung mit Mussolini Zugeständnisse über eine englische Unterstützung bei diesen italienischen Wünschen gemacht habe. Das würde eine Rückkehr zu einer schon einmal versuchten englischen Politik gegenüber Italien bedeuten. Aber man ist in Paris offenbar von englischer Seite sehr schnell beruhigt worden: Chamberlains Besuch in Florenz war wohl nicht das direkte Ergebnis der italienischen Wiederholung der englischen Politik, sondern nur der auf die bevorstehenden Wahlen berechnete Vertrag, eine nicht vorhandene Aktivität der englischen Außenpolitik vorauszusehen.

Hankau gefallen.

Peking, 4. April. Der Stab des Generals Tschiang Kai-schek meldet, daß der Oberbefehlshaber der Hanaustruppen Hongkong die weiße Flagge gehisst und sich den Nanjingtruppen ergeben habe. Man habe auch schwere Verluste erlitten. Die übergegangenen Truppen seien nach ihrer Bereitstellung den Nanjingtruppen überreicht worden. Die übrigen Truppen Hankaus befinden sich auf dem Rückzug. Tschiang Kai-schek droht an die Nanjingregierung, daß seine Vorhut bereits in die Stadt einmarschiere. Der erste Abschnitt des neuen Bürgerkrieges ist durch den Fall der Stadt Hankau abgeschlossen. Die Nanjingregierung will General Tschiang Kai-schek, der bisher den Titel General führte, für den Sieg über die Hanaustruppen den Titel Marschall verleihen.

Die kommenden Fahrten des „Graf Zeppelin“.

Friedrichshafen, 4. April. Über die im Laufe dieses Jahres geplanten weiteren Fahrten des „Graf Zeppelin“ erfahren wir vom Luftschiffbau, daß etwa am 22. April die zweite Mittelmeerroute erfolgt, die ungefähr 24 Tage dauert soll. Sie wird in das westliche Mittelmeerbecken führen. Etwa Anfang Mai wird dann anschließend eine Fahrt nach Wien ausgeführt werden und somit die Bewölkung im Gebirge es zuläßt — auch nach anderen Städten Österreichs. Die Fahrt wird etwa zwölf Stunden dauern.

Etwa Mitte Mai soll ihr die erste Amerikafahrt dieses Jahres, für die nur ein Aufenthalt von etwa drei Tagen in den Vereinigten Staaten vorgesehen ist, folgen.

Anfang bis Mitte Juni soll eine weitere Amerikafahrt durchgeführt werden.

Für den Hochsommer ist eine Fahrt über Ostdeutschland geplant, die eventuell mit einer Zwischenlandung in Berlin in zwei Abschnitte durchgeführt werden soll. Der erste Abschnitt würde dann umfassen die Strecke Friedrichshafen-Schlesien-Berlin, der zweite die Strecke Berlin-Ostpreußen-Friedrichshafen.

Über weitere Fahrten — wie zum Beispiel nach Westdeutschland — ist noch nichts beschlossen. Obwohl sind für die Fahrt um die Welt, die etwa am Anfang August gebucht ist, alle technischen Voraussetzungen noch nicht völlig geklärt. Doch ist anzunehmen, daß die Lösung der noch vorhandenen Schwierigkeiten rechtzeitig gelingen wird.

Die Mittelmeersfahrt und die beiden Amerikafahrten sind in erster Linie zu Studien- und Ausbildungsfahrten für die Bevölkerung bestimmt, so daß auf ihnen nur eine begrenzte Anzahl von Passagieren mitgenommen werden kann. Die Fahrpreise sind dementsprechend auf 800 RM. bzw. 2000 Dollar festgesetzt worden. Die übrigen Fahrten sollen keine Passagierzüge mit entsprechend billigeren Fahrpreisen sein. Soweit Platz vorhanden ist, werden Passagiere für die Wiener Fahrt zum Preis von 600 Mark pro Person und für die Schlesien-Ostpreußen-Fahrt zum Preis von 1000 Mark gebucht werden können. Für die leichteren Fahrten nehmen die Verträge der Hapag auch Teilbuchungen entgegen. Die Strecke Friedrichshafen-Schlesien-Berlin kostet 400 Mark, die Strecke Berlin-Ostpreußen-Friedrichshafen 600 Mark. Für die kommenden Fahrten besteht kein Preismonopol mehr.

Der genaue Termin für den Antritt der zweiten Mittelmeersfahrt wird noch bekanntgegeben: Der Auftrag dürfte mit Rücksicht auf die nächste Vollmonelperiode, wie bereits gesagt, am 22. April erfolgen.

Die Zwischenzeit wird die Werft dazu benutzen, einige weitere technische Verbesserungen an dem Luftschiff vorzunehmen, deren Zweckmäßigkeit sich bei den Verlustfahrten im Winter und bei der Orientreise ergeben hat. Es handelt sich dabei vor allem um kleinere Veränderungen der Steueranlage, sowie der Passagieran-